

Atom-Ausstieg kommunal

Der Entwurf der schwarz-gelben Bundesregierung zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz ist kein großer Wurf, aber ein Wurf für die Großen! Nämlich für die großen Energieversorger. Der Fokus des Ersatzes von Atomstrom liegt für die Bundesregierung immer noch auf zentraler Konzernstruktur: neue klimaschädliche Kohlekraftwerke und wenn schon Erneuerbare, dann eben Offshore-Windkraft.

Die Bundesregierung meint es nicht wirklich ernst mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ihr Ökostromziel mit 35% bis 2020 bleibt genauso schwach wie vor den Ereignissen in Japan. Dabei sind sogar die Zielwerte für die Fotovoltaik deutlich unter der letztjährigen Neuinstallation. Das Angebot des Bundesverbandes Erneuerbare Energien, bis 2020 sogar 50% Ökostrom in Deutschland zu installieren, nimmt Schwarz-Gelb nicht an.

Aber die Bundesregierung unterschätzt die Dynamik grüner Kommunalpolitik. Schon nach dem Abschalten der ersten acht Reaktoren ist viel Raum für Investitionen in kommunale Eigenstromerzeugung mit Erneuerbaren Energien und dezentraler KWK. Stadtwerke oder Bürgergenossenschaften werden in lokale Windparks, Biogasanlagen, Reaktivierung von Wasserkraft, in Fotovoltaik auf Dächern oder Freiflächen investieren. Mit moderner, intelligenter Technik können solche Anlagen inzwischen sogar die kommunalen Verteilnetze stabilisieren und mit neuen Speichern die Ausgleichsenergie selbst vor Ort schaffen. Damit würde ein überdimensionierter Netzausbau überflüssig.

Neuer Ideenreichtum ist jetzt gefragt: Umrüstungen von Staustufen an

Flüssen schaffen schnell neue Pumpspeicher. Die örtlichen Gasnetze werden zu Speichern von Biogas und erneuerbarem Methan aus Windüberschuss. Dieses Ökogas beliefert dezentrale KWK, um Ausgleichsenergie bereitzustellen. Verträge mit Stadtwerken und örtlichen stromintensiven Unternehmen zur erhöhten Stromabnahme in windstarken Zeiten und gedrosselter Stromabnahme in Windflauten werden für beide Seiten zum lukrativen Geschäft.

Smart Grid-Investitionen helfen der Energieeinsparung genauso wie dem intelligenten Lastmanagement.

Die regionale Wertschöpfung und das Handwerk vor Ort werden unterstützt. Gewerbesteuer und Einkommensteuer aus lokaler Energieinvestition erhöhen die kommunale Finanzkraft, statt die der Atomkonzerne. Und wenn vor Ort die Realisierung von großer Eigenstromerzeugung zu schwierig ist, dann ist die Stadtwerkebeteiligung am Offshore-Windpark sicherlich die bessere Lösung als die an einem Kohlekraftwerk.

Der lokale Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien wandelt sich immer mehr von der ökologischen Herausforderung zur großen Chance für die Kommunen!



Hans-Josef Fell
F.: B'90/Grüne im Bundestag

Hans-Josef Fell

➔ MdB Hans-Josef Fell ist energiepolitischer Sprecher der bündnisgrünen Bundestagsfraktion. Von 1990 bis 1998 war er Stadtrat in Hammelburg und von 1996 bis 2003 Kreisrat im Kreis Bad Kissingen. www.hans-josef-fell.de